

Einleitung

Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit der internationalen Währungspolitik der Deutschen Bundesbank bzw. ihrer Vorgängerin, der Bank deutscher Länder (BdL), im westeuropäischen Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Mehrere Gründe sprachen und sprechen dafür, sich dieses Themas anzunehmen.

Heutzutage ist die Deutsche Bundesbank eine wichtige Institution im deutschen Wirtschaftsleben, denn mit ihren geldpolitischen Entscheidungen und ihren wirtschaftspolitischen Stellungnahmen übt sie erheblichen Einfluß auf die nationale Währungs- und Wirtschaftsentwicklung aus. Sie ist aber auch für das internationale Währungs- und Wirtschaftsgeschehen von Bedeutung. Zumindest im europäischen Zusammenhang – gelegentlich aber auch darüber hinaus – gibt sie den Ton an, und europäische Zentralbanken folgen häufig den Entscheidungen der Bundesbank mit gleichgerichteten geldpolitischen Maßnahmen binnen Stunden.

Diese Bedeutung der Bundesbank spiegelt sich in der in- und ausländischen Presse wider. Dabei zeigt sich jedoch nicht nur, daß ihr und ihren Aktivitäten große Aufmerksamkeit zugemessen wird. Gleichzeitig wird deutlich, daß die Bundesbank eine erstklassige Reputation genießt, daß ihr Respekt und Bewunderung gezollt, aber auch Verehrung und Furcht entgegengebracht wird. Artikel, in denen die Bundesbank als eine vorbildliche Institution, als „Macht am Main“, als „chief in the ERM [Exchange Rate Mechanism] row“ oder gar als „monetärer Gralshüter“ bezeichnet wird¹, sind leicht zu finden. Dementsprechend verwundert es nicht, daß die deutsche Zentralbank auch über die deutschen Grenzen hinaus in weiten Bevölkerungskreisen bekannt, der Name des Bundesbankpräsidenten oftmals sogar geläufiger als der des Bundeswirtschaftsministers ist. Gelegentlich wird Deutschland im Ausland sogar mit der Bundesbank assoziiert². Behauptungen wie die eines renommierten britischen Journalisten, die Bundesbank habe die Wehrmacht als bekannteste und gefürchtetste Institution Deutschlands abgelöst, und die Tatsache, daß er sie dabei im Titel seiner Monographie als „die Bank, die Europa regiert“, vorstellt, sprechen Bände³.

¹ Peter Marsh/Quentin Peel, „The Bundesbank chief in the row over need to realignment“, in: Financial Times vom 16. 9. 1992, S. 1; Hirn, Macht, S. 74; Oliver Schumacher, „Kulturkampf der Geldhüter“, in: Die Zeit, Nr. 47, 17. 11. 1995, S. 25.

² Der Bekanntheitsgrad der Bundesbank zeigt sich beispielsweise in der Werbung des britischen Hypermarktes Sainsbury, der im Juni 1991 seine Produkte (deutsche Weine) in britischen Tageszeitungen ganzseitig folgendermaßen anpries: „Introducing five wines from Sainsbury's that won't break the Bundesbank.“ The Guardian, 20. 6. 1991, S. 5.

³ Vgl. Marsh, Bundesbank, S. 18. Der Originaltitel des Werkes lautet „The Bank that rules Europe“. Er wurde übersetzt als „Die Bundesbank. Geschäfte mit der Macht“.

Natürlich kann man derartige Äußerungen als journalistisch, als überzeichnet und unangemessen ablehnen. Allerdings genießt die Deutsche Bundesbank auch in wissenschaftlichen Arbeiten einen guten Ruf, und sie findet auch hier große Aufmerksamkeit. Zwar sind in diesen Publikationen Einschränkungen und Differenzierungen üblich, und es herrschen gedämpftere Töne vor: Während beispielsweise die Effektivität der Bundesbank und die Probleme monetärer Steuerung angesprochen werden, wird festgehalten, daß die Stärke der Bundesbank weitgehend eine Funktion der wirtschaftlichen Stellung der Bundesrepublik ist. Ferner wird ihre Politik häufig kritisch hinterfragt sowie das tatsächliche Ausmaß ihrer Unabhängigkeit und die Grenzen ihres Einflusses untersucht⁴. Insgesamt herrscht aber auch in der Wissenschaft die Meinung vor, daß die Bundesbank eine Institution ist, die eine ausgesprochen positive Erfolgsbilanz in binnen- wie in außenwirtschaftlicher Hinsicht vorweisen kann und deren Einfluß auf die nationale und internationale Währungspolitik und Wirtschaftsentwicklung beträchtlich ist⁵. Da sie dabei oftmals als ein Symbol für Preisstabilität und Stabilitätspolitik angesehen wird⁶, sieht man ihrer Abschaffung im Rahmen einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit Skepsis entgegen. Sofern aber ihre Abschaffung unvermeidbar ist, müsse die zukünftige europäische Zentralbank wenigstens weitgehend der Bundesbank gleichen⁷.

Die Stärke, die Position und der Einfluß der Deutschen Bundesbank legitimieren zweifellos die Frage nach dem Selbstverständnis, den Traditionen und der Geschichte dieser Institution, zumal weitgehend Übereinstimmung herrscht, daß die Erfahrungen der deutschen Zentralbank und das daraus resultierende „Ethos“ für das Verständnis ihrer Politik wesentlich sind⁸. Wenngleich viele Komponenten zur Stärke der Bundesbank beitragen, ist durchaus dem ehemaligen britischen Schatzkanzler Norman Lamont zuzustimmen, der im Oktober 1993 anlässlich eines Personalwechsels an der Spitze der Deutschen Bundesbank bemerkte: „Die Stärke der Bundesbank liegt vor allem in der Geschichte des Hauses und geht deshalb über die Summe der einzelnen Mitarbeiter hinaus.“⁹

⁴ Die wissenschaftliche Literatur zur Bundesbank ist fast unüberschaubar. Sie kann weitgehend über die einschlägigen Zeitschriften wie *Kredit und Kapital*, *Journal of Monetary Economics* und *Journal of Money, Credit and Banking* erschlossen werden. Darüber hinaus vgl. zur Autonomie Baum, Analysen; Alesina/Summers, *Central Bank Independence*. Zu den Problemen monetärer Steuerung vgl. Friedman, *Monetary Policy*.

⁵ Vgl. als ein Beispiel Kennedy, *Bundesbank*.

⁶ Vgl. als ein Beispiel Goodman, *Sovereignty*, S. 58 ff.

⁷ Vgl. Caesar, *Autonomie*, S. 111 ff.; Neumann, *Bundesbank*, S. 81 ff.; Vaubel, *Public-Choice-Analyse*, S. 22 ff. Im Vertrag von Maastricht wurden die Prinzipien der zukünftigen Europäischen Zentralbank wie Unabhängigkeit und Verpflichtung auf die Geldwertstabilität weitgehend festgelegt, wobei häufig auf die Bundesbank rekurriert wurde. Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren in einigen Ländern der Europäischen Union die Zentralbankstatuten zwecks Vorbereitung auf eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion modifiziert. Auch hier diente die Bundesbank oftmals, ausgesprochen oder unausgesprochen, als Modell.

⁸ Vgl. als ein Beispiel Kennedy, *Bundesbank*, S. 6 ff.

⁹ Norman Lamont, „Schluß mit der Illusion“, in: *Die Zeit*, Nr. 40, 1. 10. 1993, S. 46.

Sofern man auf die Traditionen, die Geschichte und das Selbstverständnis der deutschen Zentralbank zu sprechen kommt, ist es im allgemeinen üblich, auf die Große Inflation 1914 bis 1923 zu verweisen. Diese wird auch heute noch als prägend für die Bundesbank angesehen, und mit Verweis auf sie werden restriktive Maßnahmen häufig erklärt¹⁰. Demgegenüber werden andere Epochen in den Hintergrund gedrängt. Insbesondere wird der Nachkriegszeit im Vergleich zur Großen Inflation eine unbedeutendere Rolle zugemessen, selbst wenn zu vermuten steht, daß die Wurzeln für die herausragende Stellung der deutschen Zentralbank sowie für ihre Reputation nicht zuletzt in den ersten Jahren ihres Bestehens zu suchen sind: Erstens ist wohl nicht zu bestreiten, daß immer in den ersten Lebensjahren einer Institution Grundsteine gelegt und Reputationen erworben werden. Zweitens finden sich schon in den fünfziger Jahren Hinweise darauf, daß die Bank ein großes Ansehen genoß und als wichtig angesehen wurde: So formulierte beispielsweise der Economist im Jahre 1955, daß es keinen „sterner guardian of a country's currency“ als die deutsche Zentralbank gäbe¹¹. Zur gleichen Zeit wies der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Henry C. Wallich ihr in einer ersten Darstellung des deutschen Wirtschaftswunders eine tragende Rolle zu¹².

Wenn man sich die heutige Bedeutung der Bundesbank und die Tatsache, daß in den vierziger und fünfziger Jahren wichtige Weichenstellungen erfolgten, vor Augen führt, ist um so erstaunlicher, daß die Geschichte der Deutschen Bundesbank bzw. ihrer Vorgängerin, der Bank deutscher Länder (BdL), in dieser Zeit bisher nur wenig erforscht wurde. Zwar kann man nicht sagen, daß ihre Aktivitäten im dunkeln lägen. Ganz im Gegenteil: Jeder kann sich mit Leichtigkeit über ihre Politik, ihre Maßnahmen und ihre Anschauungen informieren. Zum ersten hat die Bank selbst ihre Politik und Ansichten in Monats- und Jahresberichten ausführlicher dargestellt und begründet, als Zentralbanken gemeinhin zu tun pflegen¹³. Zum zweiten wurde die Arbeit der deutschen Zentralbank von Anfang an von journalistischer und wissenschaftlicher Auseinandersetzung begleitet. Darüber hinaus fehlt es nicht an Aufsätzen und Monographien, die sich rückschauend den Erfahrungen der Bank und ihrer Entwicklung widmen. Gleichwohl kann von einer ausreichenden und zufriedenstellenden Erforschung der Geschichte der deutschen Zentralbank nicht gesprochen werden.

Daß zeitgenössische Darstellungen aus dem Hause der Zentralbank wie die Monats- und Jahresberichte zwar die Maßnahmen der Bank und ihre Ansichten dokumentieren, aber eine historische Untersuchung nicht ersetzen können, bedarf wohl keiner Erläuterung. Ihnen fehlt in jeder Hinsicht die Distanz zum Untersuchungsobjekt. Ferner müssen sie als Teil der Informationspolitik der Bank

¹⁰ Vgl. als ein Beispiel Kennedy, Bundesbank, S. 6 ff.

¹¹ „Germany's Boom“, in: The Economist, 13. 8. 1955, S. 523 f.

¹² Vgl. Wallich, Triebkräfte, S. 14.

¹³ Das wird deutlich, wenn man die periodischen Veröffentlichungen der deutschen Zentralbank z. B. mit den Geschäftsberichten der Bank von England vergleicht.

verstanden werden¹⁴. Aber auch zeitgenössische Werke über die deutsche Zentralbank können den Historiker nicht zufriedenstellen. Abgesehen davon, daß auch hier ein mangelnder zeitlicher Abstand vorliegt, konnten sich diese Analysen nur auf die Veröffentlichungen der Bank stützen; ihnen fehlt damit eine ausgewogene Quellengrundlage. Wichtiger aber noch ist die Tatsache, daß die Autoren dieser Werke meist nur eingeschränkten Fragestellungen nachgingen und spezifischen Ansätzen und Interessenlagen verpflichtet waren. Überwiegend juristischer oder wirtschaftswissenschaftlicher Provenienz, untersuchen sie beispielsweise die geldpolitischen Maßnahmen der Bank, die Handhabung ihres Instrumentariums, die Auswirkungen, Möglichkeiten und Grenzen ihrer Politik sowie die staatsrechtliche Stellung der Bank¹⁵. Da politikwissenschaftliche und soziologische Ansätze nur bedingt zum Tragen kamen¹⁶, wurde den institutionellen Arrangements, dem sozio-politischen Kontext, den politischen Bedingtheiten, der Kooperation mit anderen Entscheidungsträgern und dem „Wie“ und „Warum“ der Entscheidungsfindung wenig Beachtung geschenkt. Dies ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß bankinterne Konflikte damals wie heute häufig mit Schweigen belegt werden und demnach schwer eruierbar sind. Ferner liegt diese Ausrichtung darin begründet, daß Zentralbanken in der Vergangenheit häufig als apolitische und technokratische Institutionen angesehen wurden. So beklagten im Jahre 1986 die amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Eugenia Froedge Toma und Mark Toma die Defizite der Zentralbankforschung: „Until recently, economists have tended to analyze central banks in an utopian framework. The implicit assumption has been that central banks conduct their operations to maximize the public interest. Any deviation from the optimal rate of inflation could be attributed to technical problems associated with unanticipated changes in the money multiplier or money demand. Because of the assumptions employed, the economist's role is that of a technician, one who identifies the precise relationships between the monetary base, the money supply, and the resulting inflation rate.“¹⁷

Aber auch die Arbeiten, die sich mit der deutschen Zentralbank und ihrer Entwicklung aus einer größeren Distanz beschäftigen, können nicht befriedigen. Die aus Anlaß bestimmter Jubiläen verfertigten Rückblicke genügen den wissenschaftlichen Ansprüchen der Geschichtswissenschaft nur bedingt¹⁸. Anderen Ar-

¹⁴ Zur Festlegung der Grundlinien der Pressepolitik der deutschen Zentralbank vgl. BBK, B 330/2054, Direktorium, Protokoll, 23. 9. 1948. Acheson/Chant haben die Informationspolitik der kanadischen Zentralbank untersucht und dabei festgestellt, daß sie damit versuchte, ihren Handlungsspielraum zu vergrößern. Vgl. Acheson/Chant, *Mythology*.

¹⁵ Als Beispiele vgl. Gaugenrieder, *Stellung*; Dürr, *Wirkungsanalyse*; Müller, *Politik*; Jenkis, *Inflation*.

¹⁶ Vgl. Gilles, *Autonomie*, S. 219ff.

¹⁷ Toma/Toma, *Central Bankers*, S. 1. Zu den Defiziten der Zentralbankforschung aus soziologischem Blickwinkel vgl. Gilles, *Autonomie*, S. 219ff.

¹⁸ Aus Anlaß des 100. Jahrestages der Reichsbankgründung wurde eine Festschrift verfertigt. Vgl. Deutsche Bundesbank (Hrsg.), *Währung und Wirtschaft*. Hierzu ist festzuhalten, daß die Verfasser der Artikel, die die Zentralbankpolitik der fünfziger Jahre darstellen, während der geschilder-

beiten liegen, wie schon den zeitgenössischen Forschungen, spezifische Fragestellungen und ein eingeschränkter Blickwinkel zugrunde: Beispielsweise untersuchen sie die ordnungspolitische Bedeutung und die Auswirkungen der Notenbankunabhängigkeit auf die Geldwertstabilität, interessieren sich für die Entwicklung des geldpolitischen Instrumentariums oder gehen der Frage nach, ob die Bank schon in den fünfziger Jahren eine antizyklische Politik betrieben hat¹⁹. Obwohl im Bundesbankarchiv umfangreiches Quellenmaterial zugänglich ist, werden Quellen meistens nicht konsultiert. Bisher gibt es nur wenige Arbeiten, die historische Methoden anwenden, Quellen einbeziehen, die Bank in den historischen Kontext einordnen, Entscheidungsprozesse innerhalb der Bank und die Einbindung der Bank in nationale und internationale Politikprozesse untersuchen. Sie analysieren aber zumeist nur vergleichsweise kurze Episoden und können deshalb lediglich als erste Bausteine einer historischen Erforschung der deutschen Zentralbank angesehen werden²⁰.

Insgesamt liegt also eine Lücke bei der historischen Erforschung der deutschen Zentralbank in der Nachkriegszeit vor. Das ist gravierend, da diese Institution ohne eine präzise Kenntnis ihrer historischen Erfahrungen nicht ergründet werden kann und die Wurzeln ihrer Bedeutung und ihrer Reputation im nationalen und internationalen Kontext eindeutig in den fünfziger Jahren zu suchen sind. Darüber hinaus führt dieses Defizit dazu, daß die deutsche Wirtschaftsentwicklung, die deutsche Wirtschaftspolitik und das deutsche Wirtschaftswunder, aber auch die deutsche Außenpolitik und die internationale Währungspolitik nur in Ansätzen erfaßt werden können. Dafür ist es vielmehr erforderlich, auch die Politik, die Position und die Rolle der deutschen Zentralbank, die Entscheidungsfindung innerhalb der Bank, ihre Einbindung in den nationalen und internationalen Politikprozeß detailliert zu untersuchen. Es steht zu vermuten, daß eine solche Analyse neue Einsichten in die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und Westeuropas mit sich bringt. Nicht nur die bundesrepublikanische Wirtschaftspolitik und der wirtschaftspolitische Entscheidungsprozeß können auf ihrer Grundlage differenzierter gesehen werden, auch das europäische und internationale Währungssystem sowie die europäische

ten Ereignisse und während des Abfassens der Beiträge Angehörige der deutschen Zentralbank waren. Sie stellen somit die Ereignisse als Zeitzeugen und Währungspolitiker dar, wobei sie sich auf die Verarbeitung der Sekundärliteratur beschränken und Interna nur ansatzweise offenbaren. Vgl. Emminger, Geld- und Währungspolitik; Schlesinger, Geldpolitik.

¹⁹ Vgl. z. B. Caesar, Handlungsspielraum; Ehrlicher (Hrsg.), Geld- und Währungspolitik; Bernholz, Inflation; Scheide, Konjunkturpolitik; Ehrlicher (Hrsg.), Wandlungen; Müller, Mindestreserve; Bordo/Eschweiler, Rules; Feldsieper/Terres, Entwicklung.

²⁰ Vgl. Geiger/Ross, Banks, die an dem Zeitraum 1950 bis 1952 interessiert sind; Hentschel, Entstehung und ders., Europäische Zahlungsunion, wo die Entstehung des Bundesbankgesetzes bzw. die deutschen Devisenkrisen 1950/51 untersucht werden; Horstmann, Entstehung, der nur die Entstehung der deutschen Zentralbank darstellt; Wandel, Entstehung, der die Gründung der BdL bearbeitet. Ganz neu: Berger, Konjunkturpolitik, der die Zentralbank für einen längeren Zeitraum, nämlich die Zeit des Wirtschaftswunders, unter dem Gesichtspunkt der Konjunkturpolitik untersucht.

und internationale Währungspolitik in der Nachkriegszeit werden als Konsequenz anders interpretiert werden müssen. Schließlich wird die Untersuchung dazu führen, das „Faszinosum“ der Deutschen Bundesbank wenn nicht zu enthüllen, so doch besser zu erkennen²¹.

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde in den letzten Jahren weitgehend aufgearbeitet²². Dabei wurde der wirtschaftlichen Entwicklung des westdeutschen Staates große Aufmerksamkeit geschenkt, denn schließlich ist „die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland [...] vor allem ihre Wirtschaftsgeschichte“²³. Doch wenn auch zur Zeit des Wirtschaftswunders die wirtschaftliche Entwicklung grundlegend war, so wird gleichfalls darauf hingewiesen, daß der internationalen Politik im Rahmen der Adenauerschen Kanzlerdemokratie das Primat zukam. Schließlich mußte das anfänglich besetzte Deutschland und der danach nur semi-souveräne westdeutsche Teilstaat politische Erwägungen anstellen, und die westdeutsche Wirtschaftspolitik mußte sich mit diesem Primat arrangieren, zumal vor dem Hintergrund des Kalten Krieges²⁴.

Doch wenn auch die westdeutsche Wirtschaftspolitik und der Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard im Primat der Politik ihre Grenzen fanden, so mißt die historische Literatur Erhard weiterhin eine prominente Rolle zu. Zwar hat die wirtschaftsgeschichtliche Forschung in den letzten Jahren auch auf andere Ursprünge des Wirtschaftswunders – sei es das Rekonstruktionspotential, sei es die weltwirtschaftliche Entwicklung, sei es die Produktivitätslücke – hingewiesen und somit Erhards Bedeutung als Vater und Urheber des Wirtschaftswunders relativiert²⁵. Ferner sind Erhards Leistungen bei der Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Frage gestellt worden, wobei die tragende Rolle der Industrie und der Verbände hervorgehoben und demnach Ansätze einer „korporativen Marktwirtschaft“ festgestellt wurden²⁶. Gleichwohl stehen Erhard und seine Wirtschaftspolitik noch immer im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Neben ihm verblissen andere wirtschaftspolitische Entscheidungsträger wie die deutsche Zentralbank, die ja schließlich und angeblich nur den Geldumlauf und die Geldversorgung zu regeln hatte. Oftmals wird sie in der historischen Literatur nur

²¹ Marsh, Bundesbank, S. 9.

²² Für einen Überblick über den Forschungsstand vgl. Doering-Manteuffel, Zeitgeschichte. Wenn auch Doering-Manteuffel die wirtschaftliche Entwicklung einbezieht, ist er hier nicht erschöpfend. Als neuere wirtschaftsgeschichtliche Gesamtdarstellungen seien deshalb Glastetter/Högemann/Marquardt, Entwicklung; Giersch/Paqué/Schmieding, Miracle, genannt.

²³ Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, S. 8.

²⁴ Dementsprechend eröffnet Werner Link seinen Artikel über die bundesrepublikanische Außenpolitik mit der Feststellung: „Am Anfang war die Internationale Politik!“ Vgl. Link, Außenpolitik, S. 571.

²⁵ Vgl. als Überblick über die verschiedenen Interpretationsansätze Dumke, Reassessing.

²⁶ Abelshauser, Korea; ders., Wirtschaftsgeschichte. Als neueste Untersuchung über den Einfluß der Industrie auf die deutsche Politik vgl. Rhenisch, Industrie. Die Interpretation, daß die Soziale Marktwirtschaft seit 1951 korporative Aspekte aufweist, ist auf erhebliche Kritik gestoßen. Vgl. Klump, Wirtschaftsgeschichte. Als weiterer Vertreter der Gegenposition vgl. Helmstädter, Wirtschaftsordnung.

en passant erwähnt²⁷. Es wird häufig nur festgestellt, daß sie mit ihren auf die Geldwertstabilität abzielenden Maßnahmen die Erhardsche Politik unterstützt und abgesichert habe²⁸. Dadurch, daß sie die Geldwertstabilität erfolgreich bewahrte, habe sie zum Wiederaufbau, zum Wirtschaftswunder und zur deutschen Exportleistung beigetragen. Ob sich aber darauf die Rolle der deutschen Zentralbank in den fünfziger Jahren beschränkt, vermögen nur detaillierte Untersuchungen zu entscheiden. Ein Beitrag dazu soll im folgenden geleistet werden. Dabei wird der Schwerpunkt aus drei Gründen auf der internationalen Währungspolitik der Bank liegen.

Zunächst war für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in den fünfziger Jahren die Außenwirtschaft von herausragender Bedeutung. Oftmals spricht man nicht nur vom deutschen Wirtschaftswunder, sondern sogar vom deutschen Exportwunder. Schließlich wuchs in der Zeit von 1948 bis 1956 der deutsche Anteil an den Weltexporten von 1,1 auf 8,0 Prozent an, während die Exportquote der Bundesrepublik von 5,1 (1949) auf 15,4 Prozent (1956) anstieg²⁹. Aufgrund dieses Befundes haben einige Wirtschaftshistoriker sogar die deutschen Wachstumsraten mit dem Modell des export-led-growth auf die Steigerung der deutschen Ausfuhren zurückgeführt³⁰.

Vor dem Hintergrund dieser Interpretation kommt der deutschen Außenwirtschaftspolitik und der internationalen Währungspolitik des westdeutschen Teilstaates eine große Bedeutung zu. Hinzu kommt, daß in den fünfziger Jahren in der Bundesrepublik heftige Debatten um die Außenwirtschaftspolitik geführt wurden, denn im Zusammenhang mit der politischen und wirtschaftlichen Rekonstruktion Europas nach dem Zweiten Weltkrieg standen sich hier drei Optionen gegenüber: die Fortführung und Vertiefung des europäischen Regionalismus im Rahmen der europäischen Marshallplanorganisation Organisation for European Economic Co-operation (OEEC); die Verfolgung der klein-europäischen supranationalen Integration mit den sechs Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS); die Errichtung eines globalen Wirtschaftssystems und dementsprechend die weltwirtschaftliche Öffnung der bundesrepublikanischen Wirtschaft bzw. die deutsche Rückkehr zum Weltmarkt³¹. Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen hoben Erhard und ein Teil seiner Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium die Bedeutung eines freien Außenhandels hervor, verliehen ihm den Rang einer Zivilisationsgrundlage und sahen in seiner Verwirklichung die Überwindung von übersteigertem Nationalismus sowie die Durchsetzung der Marktwirtschaft nach außen. Sie strebten die Rückkehr zum Weltmarkt an und argumentierten, „kein auch noch so weit gesteckter Regiona-

²⁷ Vgl. z. B. Kramer, *West German Economy*.

²⁸ Vgl. z. B. Wallich, *Triebkräfte*. S. 14 ff.; Giersch/Paqué/Schmieding, *Miracle*, S. 45 ff.

²⁹ Vgl. Tabelle 5, S. 121.

³⁰ Vgl. Hennings, *West Germany*, S. 479 ff.

³¹ In dieser Arbeit, die den Zeitraum 1948 bis 1958 behandelt, ist mit Europa stets Westeuropa gemeint. Genauso zielt der Begriff der Weltwirtschaft stets auf die westliche Weltwirtschaft ab.

lismus“ könne befriedigen³². Andere – wie zum Beispiel der Bundeskanzler Konrad Adenauer – hoben das Primat der Politik hervor und befürworteten damit eine europäische Zusammenarbeit in welcher Form auch immer. Wieder andere plädierten aus wirtschaftlichen Gründen für eine Ausrichtung der deutschen Außenwirtschaftspolitik auf das OEEC-Europa.

Auch die deutsche Zentralbank stand vor diesen Optionen und nahm an den entsprechenden Diskussionen teil. Ihre Haltung, der vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung zwischen Erhard und Adenauer ein vergrößertes Gewicht zukommen mußte, wird hier untersucht werden.

Aber nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch im europäischen und globalen Kontext stand die internationale Währungspolitik im Brennpunkt der Debatten. Das zeigt ein kurzer Überblick über die währungsgeschichtlichen Probleme und Diskussionen in der Nachkriegszeit.

Da sich im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise protektionistische Tendenzen ausgebreitet hatten, ferner im Sommer 1931 der Gold-Devisen-Standard zusammengebrochen war, war in den dreißiger Jahren Außenhandel fast nur noch im Rahmen von regionalen Handels- und Währungsblöcken möglich. Dies resultierte in einem Rückgang des Welthandels, der durch die kriegesischen Auseinandersetzungen noch verschärft wurde³³.

Für die Nachkriegszeit wurde die Konstruktion eines neuen Weltwirtschaftssystems für notwendig erachtet³⁴. Schon während des Krieges beschäftigten sich die Regierungen in Washington und London mit entsprechenden Projekten. Das Ziel war dabei die Schaffung eines weltweiten, nicht-diskriminatorischen, multilateralen Handels- und Währungssystems. In bezug auf das Währungssystem einigten sich 44 Länder auf der Konferenz von Bretton Woods darauf, ein globales Währungssystem zu errichten, das den internationalen Warenaustausch ohne devisenrechtliche Beschränkungen erlauben sollte. Allerdings wurde schon bald deutlich, daß dies angesichts der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte problematisch war, denn den aus dem Weltkrieg gestärkt hervorgegangenen USA stand ein zerstörtes, zerrissenes und geschwächtes Europa gegenüber. Das mußte zuerst aufgebaut werden.

Für ihren Wiederaufbau benötigten die europäischen Länder Investitionsgüter, Rohstoffe und Nahrungsmittel. Da es jedoch vor dem Hintergrund der Zerstörungen, des beginnenden Kalten Krieges und des in Europa vorherrschenden Bilateralismus schwierig war, diese – wie früher – aus Europa zu beziehen, richteten sich alle Augen auf die USA. Allerdings waren der Befriedigung dieser Nachfrage

³² Das wird in Erhards Schrift „Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt“ besonders griffig formuliert. Vgl. Erhard, Rückkehr, hier S. 9.

³³ Als eine kurze, erste Einführung in die Vorgeschichte vgl. Griffiths, Disintegration, und als ein Standardwerk Kindleberger, Weltwirtschaftskrise.

³⁴ Als Standardwerk zur Rekonstruktion Europas vgl. Milward, Reconstruction. Für die Geschichte der europäischen Integration vgl. Milward, Rescue, sowie die in Schwabe (Hrsg.), Anfänge; Serra (Hrsg.), Rilancio; Milward u. a., Frontier; Trausch (Hrsg.), Integration, versammelten Studien.

enge Grenzen gesetzt, da die europäischen Gold- und Dollarreserven stark dezimiert waren und die geringe Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften es nicht erlaubte, in den Dollarraum zu exportieren. Da so eine allgemeine Dollarknappheit vorherrschte, kamen vor allem im Handelsverkehr mit dem Dollarraum protektionistische Maßnahmen, mengenmäßige Beschränkungen, Zölle und Devisenkontrollen zur Anwendung. Aber auch in Europa selbst wurden protektionistische Mittel weiterhin eingesetzt, denn schließlich wollte kein europäisches Land seine knappen Dollars im innereuropäischen Handel verwenden.

Die Schwierigkeiten, den Protektionismus abzubauen und eine globale Wirtschafts- und Währungsordnung zu realisieren, wurden spätestens im Jahre 1947 deutlich. Wie der britische Wirtschaftshistoriker Alan S. Milward hervorhebt, wollten die europäischen Nationalstaaten nicht auf protektionistische Maßnahmen verzichten. Sie gaben ihrem Wiederaufbau, ihrer Modernisierung und ihrer Industrialisierung die Priorität vor einer zahlungsbilanzorientierten Politik und verweigerten sich entsprechend den Zwängen, die ein globales Wirtschafts- und Währungssystem barg. In bezug auf die Währungspolitik lehnten sie sowohl Anpassungen ihrer Wechselkurse als auch eine restriktive Geldpolitik ab, denn das eine würde nur zu einer Verteuerung der notwendigen Importe führen, das andere hätte lediglich die Behinderung des Wiederaufbaus bedeutet³⁵.

Mit dem Marshallplan zogen die USA im Jahre 1947 die Konsequenz aus diesen Schwierigkeiten. Sie boten Dollarhilfe an und betonten, daß eine europäische Zusammenarbeit und eine europäische Integration notwendig seien, um zuerst den europäischen Wiederaufbau zu erreichen. Dabei sollte in erster Linie der innereuropäische Handel rekonstruiert, die mengenmäßigen Beschränkungen, der Bilateralismus und die Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen in Europa abgebaut werden. Zu diesem Zweck wurde im Jahre 1948 die Organisation for European Economic Co-operation (OEEC) gegründet. Im Jahre 1950 wurde ferner eine Europäische Zahlungsunion (EZU) errichtet. Da mit dieser Zahlungsunion ein europäisches Liberalisierungsprogramm verknüpft war, wurde damit nicht nur eine europäische Währungskooperation und ein europäischer Weichwährungsblock eingerichtet, sondern auch eine europäische Diskriminierung zum Dollarraum institutionalisiert.

Die europäische Währungskooperation im Rahmen der EZU arbeitete für 8½ Jahre. Innerhalb dieser Zeit machte Europa erhebliche wirtschaftliche Fortschritte: Der Stand der Vorkriegsproduktion wurde erreicht; der innereuropäische Handel wurde liberalisiert und aufgebaut; die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit stieg an; die Dollarknappheit verschwand; Währungsreserven wurden auf- und die mengenmäßigen Beschränkungen zum Dollarraum abgebaut. Parallel dazu wurden lebhaft Diskussionen sowie intensive Verhandlungen über Diskriminierung zum Dollarraum, europäischen Regionalismus, wirtschaftspoliti-

³⁵ Vgl. Milward, *Reconstruction*, S. 1 ff.

sche Kooperation, wirtschaftliche Integration, Reform der EZU und ein zukünftiges globales Wirtschafts- und Währungssystem geführt. In währungspolitischer Hinsicht war das Ergebnis, daß die EZU im Verlauf der Jahre mehrmals modifiziert, durch Erhöhungen des Dollaranteils in den EZU-Kreditlinien „gehärtet“ und so die währungspolitische Diskriminierung abgebaut wurde. In handelspolitischer Hinsicht wurde in unterschiedlicher Zusammensetzung über Zölle und Zollabbau verhandelt, was neben Zollsenkungen im Rahmen des General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) im Jahre 1957 zur Errichtung einer Zollunion, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), zwischen den Benelux-Ländern, Frankreich, Italien und Deutschland führte. So wurde in den fünfziger Jahren einerseits der Regionalismus des OEEC-Europas durch die Verringerung der Diskriminierung zum Dollarraum abgebaut. Andererseits wurden mit der Errichtung der EWG neue Formen des Regionalismus entwickelt. Der letzte Schritt erfolgte zum Jahresende 1958. Am 27. Dezember 1958 wurde die EZU aufgelöst, womit die Konvertibilität der europäischen Währungen erklärt und gleichzeitig ein globales Wirtschafts- und Währungssystem errichtet wurde, das auf dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und dem GATT beruhte. Zur gleichen Zeit demonstrierte die EWG mit ihrer ersten Binnenzollsenkung, die sie wie vorgesehen zum Jahresende 1958 durchführte, ihre Wirkmächtigkeit.

Wie dieser kurze Überblick zeigt, sind die Auseinandersetzungen über die europäische und internationale Wirtschafts- und Währungspolitik wesentlich für ein Verständnis der Nachkriegsentwicklung. Gleichwohl wurden sie bisher vernachlässigt, und im Hinblick auf das internationale Währungssystem wird heutzutage häufig vom globalen Bretton-Woods-System gesprochen, wobei die dreizehnjährige Übergangszeit ausgeblendet wird³⁶. Erst in den letzten Jahren, mit der Öffnung der Archive und mit dem Zusammenbruch des Ostblockes, rückte die Erfahrung der regionalen Währungskooperation wieder in den Vordergrund³⁷, und heutzutage wird die EZU als eine Säule des westeuropäischen Wiederaufbaus verstanden³⁸. Doch wenn auch die historische Forschung in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht hat und Jacob J. Kaplan und Günther Schleiminger, zwei ehemalige Mitglieder des EZU-Direktoriums, die Geschichte der EZU minutiös, wenn auch mit zum Teil bemerkenswerten Auslassungen,

³⁶ In den ersten Nachkriegsjahren war eine Ausblendung der EZU nicht denkbar. Vgl. Diebold, Trade; Triffin, Europe; Rees, Britain. Heutzutage hingegen wird die EZU meist nicht erwähnt, wenn das Bretton-Woods-System thematisiert wird. Vgl. den zum 50. Jahrestag der Bretton-Woods-Konferenz erschienenen Sammelband Bordo/Eichengreen (Hrsg.), *Retrospective*. Nur in der historischen Einführung wird die EZU genannt. Die restlichen 568 Seiten kommen ohne sie aus.

³⁷ Im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe wurde gefragt, ob eine Zahlungsunion auch für Osteuropa sinnvoll sei. Vgl. Eichengreen, *Reconstructing*; ders., *Payments Mechanism*, wo auch die hierzu existierende „graue Literatur“ angeführt wird.

³⁸ Vgl. Milward, *Reconstruction*, S. 470. Eine ähnliche Einschätzung der EZU findet sich in fast allen historischen Arbeiten. Als Beispiele vgl. Dore, *European Payments Union*; Kaplan/Schleiminger, *EPU*; Milward, *Rescue*; ders., *European Monetary Agreement*; ders. u. a., *Frontier*; Dickhaus, *European Payments Union*; dies., *Provisional*; Dore, *Britain*.

nachgezeichnet haben³⁹, ist die europäische Währungs Kooperation der Nachkriegszeit noch nicht zufriedenstellend erforscht. Vor allem sind noch weitere detaillierte Studien zur Haltung einzelner Länder zur EZU notwendig⁴⁰. Von großem Interesse ist hier die Bundesrepublik. Sie war im Rahmen des Kalten Krieges nicht nur ein exponiertes Land und ein einzubindendes (Gefahren-)Potential; im Rahmen des europäischen Wiederaufbaus war sie auch ein bedeutender Markt und wichtiger Lieferant für andere europäische Länder. Ferner war die Bundesrepublik im ersten Jahr der EZU ihr Hauptschuldner, in den späteren Jahren ihr Hauptgläubiger. Von ihr hing das Funktionieren der EZU ab, und in den Diskussionen über ihre Reform konnte sie erheblichen Einfluß ausüben. Aus diesem Grund bezeichnet auch Milward die währungspolitischen Entscheidungen der OEEC aus dem Jahre 1955 und das Europäische Währungsabkommen (EWA) als ein „Anglo-German-Agreement“⁴¹. Schließlich ist über die deutsche Haltung nur bekannt, daß Erhard jeglichen Regionalismus ablehnte, während andere wirtschaftspolitische Entscheidungsträger entweder eine Fortführung der europäischen Wirtschafts- und Währungs Kooperation, oder einen Zusammenschluß im Rahmen einer Zollunion befürworteten. Die daraus resultierenden heftigen Auseinandersetzungen wurden bisher nicht detailliert untersucht. Wie sie verliefen, welche Entscheidungsträger welche Positionen aus welchen Gründen einnahmen, ist aber für das Verständnis der europäischen Integration und Währungs Kooperation von Interesse. Dabei kommt der Haltung der deutschen Zentralbank erhebliche Bedeutung zu. Immerhin war sie die Kreditgeberin der EZU.

Zum dritten ist eine Untersuchung der internationalen Währungspolitik der deutschen Zentralbank in der Nachkriegszeit von Interesse, da ein internationales Währungssystem, das auf festen Wechselkursen beruht, eine bestimmte Geldpolitik impliziert: Im Falle von Zahlungsbilanzdefiziten ist eine restriktive Politik zu betreiben; im Fall von Überschüssen ist eine expansive Politik notwendig. Demnach muß in einem solchen System der außenwirtschaftlichen Situation Priorität zukommen, und die binnenwirtschaftliche Lage muß nachgeordnet werden. Für die deutsche Zentralbank, die mit der Wahrung der Geldwertstabilität beauftragt ist, war das in den fünfziger Jahren ein wichtiges Problem. Während der Koreakrise wies die deutsche Zahlungsbilanz ein beträchtliches Defizit gegenüber Europa auf, und das erforderte eine restriktive Politik. Ab 1952 er-

³⁹ Vgl. Kaplan/Schleiminger, EPU. Unter anderem vernachlässigen Kaplan/Schleiminger die innerdeutschen Auseinandersetzungen und beschönigen die Durchsetzungskraft des EZU-Direktoriums. Auch arbeiten sie die Machtstrukturen innerhalb der EZU nicht heraus. Für eine ähnliche Kritik vgl. die Rezensionen von Alan Milward und Charles Goodhart in: *Economic History Review* 63 (1990), S.767f. und *Journal of Economic Literature* 29 (1991), S.616f.

⁴⁰ Ein Anfang wurde allerdings gemacht: Zur Haltung der Belgisch-Luxemburgischen-Wirtschaftsunion vgl. Milward, Belgium; Peters-Godts, *Politique européenne*. Zur Haltung des Vereinigten Königreiches vgl. Dore, *European Payments Union*; dies., Britain. Die Haltung der Bank von England zeichnet Pforde, *Bank of England*, nach.

⁴¹ Milward, *European Monetary Agreement*, S.120.

wirtschaftete die Bundesrepublik im Handels- und Dienstleistungsverkehr mit Europa Überschüsse. Anfänglich konnte diesen noch durch Abbau der mengenmäßigen Beschränkungen begegnet werden. Im Verlauf der Jahre aber wurde das schwieriger, und die Überschüsse verlangten eine expansive Geldpolitik. Eine solche konnte allerdings in einer Periode der Hochkonjunktur – wie sie im Jahre 1954/55 herrschte – die Geldwertstabilität gefährden. Diese Problemkonstellation legt nahe zu untersuchen, wie sich die deutsche Zentralbank zu den Zwängen dieses oder eines anderen Währungssystems verhielt.

Nach diesem kurzen Überblick über die Bedeutung des Untersuchungsobjektes und den Stand der Forschung kann die vorliegende Arbeit nunmehr folgendermaßen charakterisiert werden:

Sie ist eine vor allem auf Primärquellen basierende, historisch-kritische Untersuchung der internationalen Währungspolitik der deutschen Zentralbank während des Zeitraums 1948 bis 1958. Dabei stehen zwei Interessen im Mittelpunkt. Zum ersten wird nach den Anschauungen und Positionen der Bank, nach ihren Intentionen und nach ihrer Strategie angesichts der deutschen und europäischen Rekonstruktion gefragt. Somit werden vor allem die Herausarbeitung der Motive und Motivationen sowie der bankinternen Entscheidungsprozesse und die Aufdeckung der in der Bank herrschenden Kräfteverhältnisse verfolgt. Zum zweiten wird untersucht, wie die Zentralbank versuchte, ihre Positionen in nationalen und internationalen Diskussionen und Verhandlungen zur Geltung zu bringen. Aufgrund dieser Analyse können Aussagen über ihre Rolle und ihren Einfluß in den bundesrepublikanischen und internationalen Entscheidungsprozessen gemacht werden. Insgesamt ist damit die vorliegende Arbeit als eine Studie von Zentralbankverhalten bzw. als eine Untersuchung in Finanzdiplomatie konzipiert. Auf eine Wirkungsanalyse ihrer Politik und auf counter-factual-analyses wurde hingegen weitgehend verzichtet. Während das erste zum Großteil schon geleistet worden ist und aus diesem Grund nur am Rande aufgenommen wird⁴², ist das zweite im Zusammenhang mit dieser Arbeit nur eingeschränkt sinnvoll. Das Ziel ist vielmehr, den damaligen Wissens- und Erkenntnisstand, so wie er sich in der Zentralbank niederschlug, festzustellen sowie die Handlungsspielräume und Zwangslagen zu thematisieren und von ihnen auszugehen.

Die Grobstruktur der Arbeit folgt dem chronologischen Ereignisverlauf. Zuerst allerdings werden in einem ersten Kapitel die Begriffe der Integration und der Konvertibilität erläutert sowie die zeitgenössischen Debatten über die Errichtung eines neuen Wirtschafts- und Währungssystems dargestellt. Das ist unabdingbar, um die Problematik zu verdeutlichen und um den Rahmen abzustecken, in dem sich die Akteure bewegten. Die dann folgenden Kapitel sind der deutschen Zentralbank und ihrer internationalen Währungspolitik gewidmet.

⁴² Vgl. Dürr, Wirkungsanalyse; Jenkis, Inflation; Müller, Politik.

Kapitel zwei behandelt die ersten Jahre des westdeutschen Zentralbanksystems. Da mit der Gründung des westdeutschen Zentralbanksystems im Jahre 1948 nur ein Rahmen für die westdeutsche Währungspolitik gegeben war, wird analysiert, wie dieser im Verlauf der ersten Jahre ausgefüllt wurde. Es wird untersucht, wie sich das Zentralbanksystem formierte und wie sich in ihm, einem Kompromiß aus Föderalismus und Zentralismus, Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einspielten. Ferner werden das geldpolitische Konzept und die außenwirtschaftliche Strategie des Zentralbanksystems sowie deren Formulierung und Durchsetzung analysiert. Schließlich wird herausgearbeitet, wie es seine Position auf nationaler und internationaler Ebene fand und seine Reputation aufbaute. Den Endpunkt findet dieses Kapitel im Jahre 1951, denn mit der Überwindung der aus der Koreahausse kommenden Schwierigkeiten war dieser Formationsprozeß abgeschlossen, und eine Außenwirtschaftsstrategie hatte sich durchgesetzt.

Das dritte Kapitel untersucht die Haltung der Bank zu dem seit 1951/52 ausgiebig diskutierten und verhandelten Problem der Konvertibilität und der europäischen Währungs Kooperation im Rahmen der EZU. Es zeigt die ersten Stellungnahmen der Bank zu diesen Fragen und enthüllt dabei eine Haltung, die bei aller prinzipiellen Befürwortung der Konvertibilität von großer Skepsis gekennzeichnet war. Ferner offenbart es, daß diese Position auch in den folgenden Jahren beibehalten wurde, ungeachtet der Tatsache, daß sich die außenwirtschaftliche Situation der Bundesrepublik nachhaltig verbesserte und dies den Handlungsspielraum vergrößerte. Besonderes Gewicht wird in diesem Kapitel der Herausarbeitung der Motive, die dieser Haltung zugrunde lagen, zukommen. Ferner wird untersucht, wie sich die Bank zu den mit den Überschüssen anwachsenden Kosten der Nicht-Konvertibilität stellte. Das dritte Kapitel zeigt die Bank aber auch in nationalen und internationalen Verhandlungen über die EZU und das EWA. Es analysiert, ob, wie und inwieweit die Bank ihren Ansichten hier Geltung verschaffen konnte. Seinen Endpunkt findet dieses Kapitel mit der Härtung der EZU und der Unterzeichnung des EWA im Sommer 1955.

In dem vierten und letzten Kapitel werden die Jahre 1955 bis 1958 untersucht. In diesem Zeitraum hatte die Bank im Rahmen des de-facto-konvertiblen EZU-Systems vor allem mit den deutschen Zahlungsbilanzüberschüssen und den europäischen Ungleichgewichten zu kämpfen. Diese gefährdeten das Funktionieren der EZU und bedrohten die Stabilität der DM. Trotz dieser Probleme hielt die Zentralbank an der EZU fest und lehnte durchgreifende Reformmaßnahmen ab. Gleichzeitig verfolgte sie aber, sofern es notwendig war, eine restriktive Politik. Die daraus resultierenden Auseinandersetzungen mit den europäischen Handelspartnern führten dazu, daß die deutsche Zentralbank ihre geldpolitischen Standards im europäischen Rahmen weitgehend durchsetzen konnte. So sind schon in dieser Zeit erste Anzeichen einer Führungsrolle der Bundesbank innerhalb Europas auszumachen. Neben den EZU-Problemen waren in dieser Zeit auch die

Verhandlungen zur EWG wichtig. Wenngleich das Projekt eines Gemeinsamen Marktes vor allem auf die Handelspolitik abzielte und der Währungspolitik in den Römischen Verträgen nur eine untergeordnete Rolle zugemessen wurde, ist es notwendig, im Rahmen einer Untersuchung der internationalen Währungspolitik auch die Haltung der Bank hierzu zu analysieren.

Hauptfundus dieser Arbeit ist die Überlieferung des im Jahre 1970 gegründeten Historischen Archivs der Deutschen Bundesbank in Frankfurt, das die Akten der westdeutschen Zentralbank seit ihrer Gründung im Jahre 1948 beherbergt⁴³. Hier sind die Sitzungen des Zentralbankrats durch die Protokolle, Stenogramme und Anlagen vollständig dokumentiert. Auf dieser Grundlage kann der Entscheidungsprozeß über alle geldpolitischen Maßnahmen der deutschen Zentralbank auf höchster Ebene rekonstruiert werden. Die Tatsache, daß aus diesem Archiv nicht die Entscheidungsprozesse innerhalb der einzelnen Landeszentralbanken erschließbar sind⁴⁴, erwies sich als unwesentlich. Die vorliegenden Quellen zeigen deutlich, daß Frankfurt von Anfang an in bezug auf die internationale Währungspolitik wie auf die Außenwirtschaftspolitik des Zentralbanksystems die Führungsrolle übernahm, so daß auf einen Einschuß des Landeszentralbankmaterials verzichtet werden konnte⁴⁵. Allerdings gab es auch einige Probleme mit dem Archivmaterial. So sind die Diskussionen innerhalb des Direktoriums der Zentralbank möglicherweise nur unvollständig, sicherlich aber unzureichend überliefert⁴⁶. Ferner ist aufgrund des späten Gründungsdatums des Archivs die Ablieferung von Unterlagen aus einzelnen Abteilungen oftmals nur mangelhaft. Das jedoch konnte weitgehend durch die umfangreichen Nachlässe Wilhelm Vockes und Otmar Emmingers ausgeglichen werden⁴⁷: Vocke, Präsident des BdL-Direktoriums von 1948 bis 1957, und Emminger, im Verlauf der Koreakrise in die Bank eingetreten und dort von Anbeginn mit der internationalen Zusammenarbeit befaßt, seit 1953 sogar als Mitglied des Direktoriums für die Abteilung „Internationale Organisationen und Abkommen“ zuständig, waren diejenigen, die die internationale Währungspolitik der deutschen Zentralbank in dieser

⁴³ Für einen kurzen Überblick über das Archiv vgl. Lindenlaub, Archiv, S. 361 f.

⁴⁴ Die Unterlagen der Landeszentralbanken werden zum Teil in den Archiven der Landeszentralbanken aufbewahrt.

⁴⁵ Wie weitgehend der Zentralbankrat außenwirtschaftliche Fragen der Auslandsabteilung der BdL überließ, wird daran deutlich, daß er erst im Sommer 1949 feststellte, er hielte es „für geboten, bei seinen regelmäßigen Erörterungen der währungs- und kreditpolitischen Lage auch die grundsätzlichen oder sonst einschneidenden Maßnahmen der Auslandsabteilung, einzubeziehen, um eine Einflußnahme des Zentralbankrates auf wichtige Entscheidungen nach Möglichkeit sicherzustellen“. BBK, B 330/16, ZBR, Protokoll, 12.7.1949.

⁴⁶ Die Protokolle der Sitzungen des Direktoriums sind häufig nichtssagend. Ferner ist unsicher, ob sie vollständig sind. Da die Sitzungen nicht immer regelmäßig stattfanden und die Protokolle nicht durchgängig nummeriert wurden, könnten hier Lücken vorhanden sein. Daß Sitzungen manchmal nicht protokolliert wurden, hat Emminger in seinen Memoiren festgehalten. Vgl. Emminger, D-Mark, S. 80.

⁴⁷ Der Nachlaß Vocke ist in den numerisch organisierten Bestand des Historischen Archivs der Deutschen Bundesbank inkorporiert. Der Nachlaß Emminger wird hingegen separat ausgewiesen.

Periode maßgeblich gestalteten, so daß trotz der mangelnden Abgabe von Unterlagen aus den Abteilungen eine Analyse der internationalen Währungspolitik der Zentralbank möglich ist⁴⁸.

Die Dokumentation des Historischen Archivs der Deutschen Bundesbank war zu ergänzen, da die Arbeit nicht nur an den bankinternen Entscheidungsprozessen, sondern auch an der Vermittlung der Position der Bank und an ihrer Zusammenarbeit mit den Ressorts sowie an ihrer Kooperation mit anderen Zentralbanken und im Rahmen von internationalen Organisationen interessiert ist. Aus diesem Grund wurden auch andere Materialien gesichtet.

Auf deutscher Seite waren hier in erster Linie die Unterlagen der wirtschaftspolitischen Ressorts – bis 1949 die Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, danach die Bundesministerien für Finanzen und Wirtschaft unter der Leitung Fritz Schäffers (bis 1957) und Franz Etzels (ab 1957) bzw. Ludwig Erhards – zu konsultieren. Sie zeichneten für verschiedene Aspekte der internationalen Währungspolitik verantwortlich⁴⁹. Von Bedeutung war aber auch das Bundesministerium für den Marshallplan bzw. das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit unter der Leitung Franz Blüchers, denn ihm oblag die Federführung in Fragen der europäischen Zusammenarbeit, vor allem soweit sie die OEEC betrafen. Gleichfalls bedeutend war das Bundeskanzleramt und ab 1952 das Auswärtige Amt: zum einen berührt die internationale Währungspolitik stets die Außenpolitik; zum zweiten war es in den fünfziger Jahren für die semi-souveräne Bundesrepublik undenkbar, internationale Währungspolitik ohne Ansehen der internationalen Politik zu betreiben. Deshalb wurden die entsprechenden Bestände des Bundesarchivs und des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes – soweit zugänglich⁵⁰ – einbezogen.

⁴⁸ Vgl. BBK, ORG, Emminger, Verfügung, 20.10.1953. Wilhelm Vocke (*1886) nahm nach seinen juristischen Studien und anschließenden Verwaltungstätigkeiten im Jahre 1918 seine Tätigkeit in der Reichsbank auf und war dort von 1919 bis zu seiner Entlassung im Jahre 1939 – geschuldet einer maßgeblich von ihm verfaßten Eingabe an Adolf Hitler – im Direktorium vertreten, wobei er den Reichsbankpräsidenten bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel vertrat. Von 1939 bis 1945 war er Privatier. Nach dem Krieg beauftragten ihn die Briten mit der stellvertretenden Leitung der Reichsbankleitstelle Hamburg. Otmar Emminger (*1911) studierte Volkswirtschaft in Berlin, München, Edinburgh und London. Dort arbeitete er über die englischen „Währungsexperimente“ der Nachkriegszeit. Vgl. Emminger, Währungsexperimente. Nach seinen Studien war er im Wissenschaftsbetrieb tätig bzw. beim Institut für Konjunkturforschung angestellt. 1937 trat er der NSDAP bei. Nach dem Krieg fand er Anstellung zuerst im Bayrischen Wirtschaftsministerium, dann bei der deutschen OEEC-Delegation in Paris. Im Herbst 1950 trat er in die BdL ein. Für die biographischen Angaben vgl. das in BBK, P-A, und BBK, BSG, gesammelte Material.

⁴⁹ Im Frühjahr 1952 entschied das Kabinett, daß das Wirtschaftsministerium für die Abteilung „Geld und Kredit“ und damit für das Währungs- und Notenbankwesen zuständig sein sollte. Gleichwohl blieb das Finanzministerium in die internationale Währungspolitik involviert. Es war z.B. für die Devisenüberwachung und die Auslandsverschuldung der öffentlichen Hand zuständig und zeichnete in Fragen der Devisengesetzgebung mit. Vgl. LESt, I 4)71, Zuständigkeit innerhalb der Bundesregierung auf dem Gebiet des Geld-, Kredit-, Währungs- und Versicherungswesen[s], o.D. [März 1952]. Vgl. auch Kabinettsprotokolle V (1952), 206. Kabinettsitzung am 11.3.1952, S. 157f.

⁵⁰ Ein Teil der wichtigen Unterlagen war nicht zugänglich. Die Protokolle des Kabinetts-Ausschusses unterliegen noch immer dem VS-Vermerk.

Um die internationalen Verhandlungen zu erhellen, habe ich die einschlägigen Bestände des Public Record Office, Kew, und der National Archives and Records Administration, Washington bzw. Suitland, konsultiert. Ferner wurde das Material des in den Historical Archives of the European Communities, Florenz, deponierten Archivbestandes der OEEC einbezogen, denn die OEEC und die EZU spielten eine wichtige Rolle. Schließlich wurden die Bestände des Archivs der Federal Reserve Bank New York, New York, und der Historical Archives of the Bank of England, London, konsultiert, um die Zusammenarbeit der deutschen Zentralbank mit anderen Zentralbanken zu erhellen. Dabei erwies sich vor allem das Material aus der Bank von England als sehr informativ, denn sie hat nicht nur regen Anteil am währungspolitischen Geschehen in Deutschland genommen, sondern war auch – vor allem am Anfang – aufs beste informiert, da das britische Mitglied der Alliierten Bankenkommission, Donald Macdonald, weitgehend das Vertrauen Vockes besaß.

*

Die vorliegende Arbeit ist die überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im März 1995 vom Europäischen Hochschulinstitut Florenz angenommen wurde. Ich hätte sie ohne die vielfältige Hilfe, die mir im Verlauf der Jahre zuteil wurde, nicht zum Abschluß bringen können.

Dabei geht mein Dank vor allem an Prof. Werner Abelshauser und Prof. Richard T. Griffiths, die als Doktorvater bzw. co-supervisor die Arbeit mit Anregungen, Ermunterungen, Interesse und viel Zeitaufwand unermüdlich und unverzagt begleitet haben. Ferner möchte ich Prof. Gerd Hardach, Prof. Alan S. Milward und Prof. Wilfried Loth für ihr großes Interesse, die anregenden Bemerkungen und Diskussionen meinen aufrichtigen Dank aussprechen.

Die Arbeit wurde zum größten Teil in Florenz am Europäischen Hochschulinstitut geschrieben, und in Bielefeld überarbeitet. Ohne das Institut, die tatkräftige Unterstützung seiner Mitarbeiterinnen und das anregende kollegiale Umfeld, das Diskussionen ermöglichte und mir oftmals kooperativ zur Seite stand, wäre sie in dieser Form nicht möglich gewesen. Sie wäre auch ohne die monetäre Absicherung, die mir der DAAD (Bonn), das Europäische Hochschulinstitut und zum Schluß das Kulturwissenschaftliche Institut (Essen) gewährten, nicht geschrieben worden. Dafür bedanke ich mich.

Wie der Arbeit unschwer zu entnehmen ist, habe ich viele Wochen im Archiv der Deutschen Bundesbank verbracht. Geleitet haben mich hier PD Dr. Dieter Lindenlaub und sein vorzüglicher staff. Sie haben mich unbürokratisch in die Geheimnisse dieses Archivs eingeweiht und – bestens informiert – haben sie mir ein Durchkommen durch die Aktenberge ermöglicht. Ihnen spreche ich meinen Dank aus. Des weiteren bedanke ich mich bei den MitarbeiterInnen des Bundesarchivs (Koblenz), des Historischen Archivs der Europäischen Gemeinschaften

(Florenz), der Ludwig-Erhard-Stiftung (Bonn), der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (Rhöndorf), der Historical Archives of the Bank of England (London), des Public Record Office (Kew), des Westfälischen Wirtschaftsarchivs (Dortmund) und des Archivs der Federal Reserve Bank of New York (New York). Nur mit ihrem Engagement war die Materialsammlung möglich. Ferner danke ich Walter Kulla, Sir Alec Cairncross, Dr. Wilfried Guth, Dr. Lore Fünfgelt, Dr. Günter Schleiminger und Prof. Hans Möller dafür, daß sie sich für Gespräche zur Verfügung stellten.

In den Hochs und Tiefs dieser Arbeit haben mich meine Familie und meine Freunde mit viel Nachsicht, Geduld, Verständnis, Liebe und Lachen begleitet. Ohne das wäre es viel schwieriger gewesen.

Oft wird gesagt, Zueignungen seien eine Hypokrisie. „It is for oneself that books are written and no activity is more selfish than writing. There is no shortening the time it takes to set so much down on paper and in that time love, friendship and duty are all postponed.“ Das ist wohl wahr. Dennoch möchte ich die Arbeit meinen Eltern Hans und Erika Dickhaus widmen. Ihnen habe ich viel zu verdanken.

